

Dresdner Nachrichten

Siegründet 1856

Vertriebsort: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer 25 241.
Der für Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 16.-31. August Mark 500.000.—, Einzelnummer Mark 40 000.—,
Anzeigen-Preise. Die 10spaltige 20 mm breite Zeile M. 50.000.—, außerhalb 60.000.—, außerhalb 70.000.—,
Familienanzeigen u. Stellenangebote ohne Rabatt M. 10.000.—, außerhalb M. 20.000.—,
Verzugsplätze laut Tarif. Unvollständige Aufträge gegen Verzugszahlung.

Schriftleitung und Druckerei
Kleiststraße 38/40.
Druck u. Verlag von Gleditsch & Kellner in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unvollständige Aufträge werden nicht aufbewahrt.

Ultimatum der Strafe an die Braunschweiger Regierung

Demonstranten wollen eine Arbeiterregierung erzwingen. — Ein Kontrollauschuss zur Lebensmittelbeschaffung. — Gemeinsames Vorgehen Braunschweigs, Sachsens und Thüringens auf dem Wege der Zwangswirtschaft? — Auflösung des kommunistischen Betriebsräteauschusses in Berlin. — Verlängerung der Verkehrsperre im besetzten Gebiet. — Wieder 697 Milliarden geraubt.

Eine Braunschweiger Kabinettsitzung unter dem Druck der Strafe.

Braunschweig, 16. Aug. Im Anschluss an eine Betriebsräteversammlung fand heute vormittag eine von etwa 70 000 Menschen besetzte große Demonstration auf dem Schloßplatz statt. Während dieser Zeit wurden im Regierungsgebäude Verhandlungen geführt. Eine der Hauptforderungen der Demonstranten war die staatliche Anerkennung eines aus 30 Personen bestehenden Kontrollauschusses, dem staatliche Rechte für die Veranschaffung und Verteilung von Lebensmitteln gegeben werden sollen. Diese Forderung wurde zum Teil erfüllt. Im übrigen machte die Regierung Hoffnungen auf die Konferenz der deutschen Ernährungs- und Wirtschaftsminister. Sie erklärte, wenn es nicht gelingen würde, die von Braunschweig, Sachsen und Thüringen angelegten Forderungen durchzusetzen, würden diese Staaten für sich getrennt vorgehen, um die Bevölkerung mit Lebensmitteln im Wege des Zwanges zu versorgen. Mit diesem Ergebnis erklärten sich die Demonstranten nicht einverstanden. Man forderte den sofortigen Rücktritt der Koalitionsregierung und die Einsetzung einer Arbeiterregierung. Bis zur Wahl der Arbeiterregierung sollten die Regierungsgeschäfte von dem Braunschweiger Gewerkschaftsrat geleitet werden. Ein Ausschuss wurde beauftragt, dieses Ultimatum der Regierung zu überbringen. Der Ausschuss wurde vom Ministerpräsidenten empfangen, der erklärte, das Kabinett zurück nicht vollständig zur Stelle sei, daß er aber noch heute einen außerordentlichen Kabinettsitzung einberufen werde, damit dieser zu den Forderungen der Demonstrationsversammlungen Stellung nehme.

Der kommunistische Betriebsräteauschuss in Berlin aufgelöst.

Ein Verbot Generings.
Berlin, 16. August. Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, hat der Minister des Innern auf Grund des § 14 Abs. 2 in Verbindung mit § 7 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik den Reichsausschuss der deutschen Betriebsräte in Berlin nebst seinen Unterausschüssen, also auch den Königlich-preussischen der Betriebsräte von Groß-Berlin aufgelöst und verboten. In der Begründung wird u. a. ausgeführt, daß der Reichsausschuss bestimmenden Einfluß auf die Bildung und die Vertilgung der verbotenen proletarischen Hundertschaften ausübt. (S. T. B.)

Die Streiklage in Hamburg.

Hamburg, 16. August. In einer Versammlung der Vertrauensleute der Hafenarbeiter wurde gestern abend mit geringer Mehrheit der Wiederaufnahme der Arbeit zugestimmt. Infolgedessen hat sich heute ein großer Teil der Hafenarbeiter in die Arbeitstätten begeben. Die Belagerung der Schlepplager hat die Arbeit wieder aufgenommen. Auf den Werften sind die Verhältnisse noch ungelöst.

Einigung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Berlin, 16. August. Im mitteldeutschen Braunkohlenbezirk haben die Verhandlungen über die Beilegung des Streiks zu einer vollen Einigung geführt. Die Arbeit ist in vollem Umfange wieder aufgenommen worden.

Ruhe in der Provinz Sachsen.

Berlin, 16. August. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Magdeburg ist in der Provinz Sachsen in vollem Umfange die Ruhe wiederhergestellt. Bis auf einige Ausnahmen haben die Landarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. Die Plünderungen auf den Feldern haben aufgehört.

Deutschnationale Internationales über die Zustände in Mitteldeutschland.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 16. Aug. Die Deutschnationale Volkspartei hat folgende Internationales in Reichstagsgebäude gebracht: In weiten Teilen Mitteldeutschlands herrschen seit Tagen Streiks, Plünderungen und Aufruhr. Auf dem platten Lande bedrohen teilweise bewaffnete Banden die Ernteernte. Die geordnete Lebensmittelzufuhr nach den Städten ist vielfach unterbrochen. Die örtlichen und staatlichen Sicherheitsbeamten sind nicht in der Lage, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Andererseits wird jeder Versuch des Selbstschutzes durch die Behörden unmöglich gemacht. In der Reichsregierung bereit, in Mitteldeutschland sofortige Maßnahmen zum Schutze von Leben und Eigentum zu treffen, für gesicherte Fortsetzung der Erntearbeiten zu sorgen und die geordnete Beschickung der Großstädte und Industriegebiete mit Lebensmitteln sicherzustellen?

Das Zusammenwirken des Reiches mit den Ländern.

Ein großer Teil des Publikums wird gewiß anerkennen, daß ober wenigstens bisher genügt gewesen sein, die bundesstaatlichen Erörterungen mehr in das Gebiet der akademischen Fragen zu verweisen. Wenn aber etwas erreicht ist, ihren unmittelbaren und höchst bedeutsamen Einfluß in der praktischen Politik, an der heute jeder Einzelne mit Haut und Haaren beteiligt ist, zum allgemeinen Bewußtsein zu bringen, so sind es die unliebsamen Vorgänge, die sich seit einiger Zeit zwischen dem Reich und Sachsen abspielten haben und die nicht einmal durch den Berliner Regierungswechsel zum Stillstand gebracht worden sind. Der neueste Dresdner Vorstoß gegen die Reichsregierung muß es jedem klar machen, daß es so schieferdings nicht ins Unendliche weitergehen kann, sondern daß den Einzelstaaten unbedingt die Erkenntnis ihrer Unterordnung unter die Reichsgewalt in genügendem Maße beizubringen ist, um sie zu der im Interesse unserer auswärtigen Stellung gebotenen Zurückhaltung zu veranlassen. Dieser Gesichtspunkt muß unter den heutigen Verhältnissen die Lage beherrschen und in der bundesstaatlichen Frage den Ausschlag geben, während das Streben nach Erweiterung der einzelstaatlichen Rechte und der Drang nach selbständiger politischer Betätigung der Länder vor der Not des großen Vaterlandes in den Hintergrund zu treten hat, so begreiflich und in mancher Hinsicht berechtigt es auch an sich sein mag. Die dem Gedanken nach der neue Reichskanzler Dr. Stresemann in seiner Proklamierung dadurch Ausdruck, daß er sagte: „Die Einigung der Eigenart der einzelnen Länder in das Reichsganze war zu keiner Zeit mehr geboten als jetzt.“ Es wird nun Sache der Reichsregierung sein, nach dieser Richtschnur wie im erforderlichen Energie zu handeln und im Inland wie im Ausland keinen Zweifel darüber zu belassen, daß der Art. 78 der Weimarer Verfassung mit seiner unabweislichen Vorschrift: „Die Vorse der Beziehungen zu den auswärtigen Staaten ist ausschließlich Sache des Reiches“ nicht bloß auf dem Papier steht, sondern auf der ganzen Linie praktisch befolgt wird. Es ist nun genug des grausamen Spiels und es darf einfach nicht mehr vorkommen, daß ein einzelstaatlicher Minister die wohlberechtigten auswärtigen Zirkel der Reichsregierung durch un diplomatisches Verhalten in Verwirrung bringt. Schonwenig darf auch die innere Politik zu einem Schauplatz werden, auf dem die Einzelstaaten gegen die Reichsregierung spielen und sie matt zu setzen suchen. Wenn die Regierung eines Landes etwas auf dem Herzen hat, was sie der Zentralleitung zu Gemüt führen möchte, so suchen sie dafür Mittel und Wege genug zu Gebote, die durchaus wirksam sind, ohne daß sie die schädlichen Begleiterscheinungen zeitigen, die mit dem impulsiven Herausreten in breite Öffentlichkeit, wie es der letzten sächsischen Regierung eigen ist, unvermeidlich verbunden sind. In erster Linie ist zu solchem Zwecke die Tribüne des Reichsrats da, auf der sich jede einzelstaatliche Regierung unangehindert äußern kann. Handelt es sich um heikle Angelegenheiten, so wird die grundsätzliche Öffentlichkeit der Sitzungen im Einzelfalle ausgeschlossen und dadurch der Gefahr einer Diskreditierung der Reichsregierung vorbeugt. Weiter bieten sich für die sachliche Ausdrucks Verhandlungen von Kabinetts zu Kabinetts und endlich ist auch noch der Weg über die einzelstaatlichen Gesandtschaften angeden, die doch am Ende auch etwas zu tun haben müssen und gerade bei solchen Meinungsverschiedenheiten, wie sie gegenwärtig zwischen Berlin und Dresden bestehen, erfolgreich in vermittelndem Sinne wirken könnten. Alle diese Handhaben aber zu verwerfen und der neuen Reichsregierung mit einer Art von heillosen Nichteinigkeit des sächsischen Landtags zu drohen, nach dem man in Berlin überhaupt in Atem gekommen ist, das ist ein Verfahren der Dresdner Regierung, bei dem wegen der Unvereinbarkeit mit den Reichsinteressen von wirtschaftlichem Adressatismus keine Rede mehr sein kann. Das ist Partikularismus, kleinstaatliche Eigenbrütelei, wie sie im Grunde steht. Der Adressatismus stellt alle einzelstaatlichen Kräfte gern und willig in den Dienst der höheren Einheit des Reiches, weil er sich bewußt ist, daß er nur auf solchem Boden selbst gedeihen kann. Der Partikularismus dagegen strebt, bewußt oder unbewußt, vom Reiche ab, indem er nur danach trachtet, sich selbst ärundlich „auszuleben“. In diesem Uebel ist das alte Römische Reich deutscher Nation elend zugrunde gegangen, weil damals die Territorialgewalt in ihrem bunten Gewimmel mit ihren Sonderinteressen den Reichsverbanden schließlich ganz überwucherten. Heute müssen die Konsulten nach dem Rechten sehen, daß wir nicht im neuen Deutschland Neuländes erleben.

Ausbreitungen und Plünderungen in Hessen.

Die Franzosen verhindern die Herstellung der Ordnung.
Darmstadt, 16. August. Da sich in Rüsselsheim ein Ausschuss der Erwerbslosen unter kommunistischem Einfluß gebildet hatte, der an Gewalttätigkeiten ansetzte, wurden gestern abend etwa 25 Mann Gendarmen aus der Umgebung nach Rüsselsheim entsandt, die mit einigen Bürgern, die sich zur Verfügung gestellt hatten, die Ordnung aufrechtzuerhalten sollten. Die Haupttäterführer wurden festgenommen. Die Erwerbslosen der benachbarten Industrieorte, die alarmiert worden waren, verlangten die Freilassung der Verhafteten. Die Polizei wies ihre Forderung zurück. Die Erwerbslosen suchten darauf durch den Verplündern, mißhandeln einige Einwohner und nahmen zwölf angelegene Bürger als Geiseln fest. Die Erwerbslosen und die Kommunisten wollen sie nur gegen Freilassung des verhafteten Aktionskomitees auslösen. Ein Verbot der Regierung, Schutz nach Rüsselsheim zu entsenden, scheiterte an dem Widerstande der französischen Besatzungsorgane. (S. T. B.)

Berlängerung der Grenzperre im besetzten Gebiet!

Ohne jeden Grund!

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 16. Aug. Wie verlautet, soll die Verkehrsperre zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiete auf unbestimmte Zeit verlängert worden sein. Eine amtliche Bekräftigung liegt zwar noch nicht vor, doch werden Reisende auf ihn, etwaige Reisebüros nach dem besetzten Gebiete nicht auszuführen, da sie Gefahr laufen, unverrichteter Dinge an der Grenze wieder umkehren zu müssen. Nach einer Meldung der „Post. Ztg.“ aus Köln wird von dortiger amtlicher englischer Stelle die Pariser Meldung bestätigt, daß die Verkehrsperre nach dem unbesetzten Gebiet, die am 18. d. M. zu Ende gehen sollte, verlängert worden ist. Als vorläufiges Ende der Sperre wird der 31. August genannt. — Die „Post. Ztg.“ bemerkt dazu: Kein Grund, ja nicht einmal ein Vorwand kann für die Verlängerung der Gewaltmaßregel angeführt werden. Es handelt sich um eine Politik, deren einziger Zweck die Zerstörung ist.

Degoulles Vorbereitungen für die Loslösung der Rheinlande.

Verbot der Zahlung der Arbeitslosenunterstützung.
Paris, 16. August. Der „Intransigeant“ macht heute die bemerkenswerte Mitteilung, daß die jüngste Verordnung des Generals Degoulles, die die Weiterzahlung der Arbeitslosenunterstützung im Rheinlande verbietet, diktiert worden sei von der Besatzung um die baldige Erschöpfung der auf den Halben lagernden Kohlen- und Aokovorräte, die höchstens noch bis Januar reichen, würden. Abgesehen davon, daß in dieser Maßnahme eines der wirksamsten Mittel liegt, den passiven Widerstand zu brechen, wolle man die zahlreichen Arbeitslosen zwingen, für Frankreich Kohle zu fördern und in den Kohlereien zu arbeiten. Wenn das Experiment im Rheinlande gelingt, wird die Verordnung auch auf das Ruhrgebiet ausgedehnt. Die weiterhin für die nächste Zeit in Aussicht genommene Einführung einer besondere Währungs für die besetzten Gebiete wird die wirtschaftliche und politische Fortentwicklung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes vom Reiche vollenden. Frankreich habe dann alle Trümmer in der Hand, um die Diskussion mit den Alliierten fortsetzen zu können. Die einzelnen Schwierigkeiten dieser Operation, deren Ziel es ist, den Separatismus in die Tat umzusetzen, sieht das Blatt in dem Mangel geeigneter französischer Per-

sonal. Aber auch diese Schwierigkeit wird überwunden werden.

697 Milliarden von den Franzosen geraubt.

Koblenz, 16. August. In der Buchdruckerei von Gebr. Brauer in Koblenz-Lützel, die sächsisches Notgeld herstellt, wurden heute von französischen Besatzungsorganen 697 Milliarden Mark geraubt. (S. T. B.)

187 500 Dollar Geldbuße für Düsseldorf!

Paris, 16. August. Nach einer Davosmeldung aus Düsseldorf ist der Stadt Düsseldorf als Sanktion für das angebliche Attentat vom 10. Juni auf einen belgischen Urauberzug eine Kontribution von 187 500 Dollars auferlegt worden. (S. T. B.)

Wieder ein Deutscher erschossen.

Paris, 16. August. Wie Davos aus Düsseldorf meldet, hat am Mittwoch eine französische Radfahrerpatriotte zwischen Wittlen und Wetter am Ufer der Ruhr vier Leute überfallen, welche Waren zu schmuggeln versucht hatten. Einer der Schmuggler sei trotz des Anrufes geflüchtet und durch einen Schuß in den Kopf getötet worden. Drei andere seien verhaftet worden. Bei ihnen sei ein Revolver und ein Dolch gefunden worden. (S. T. B.)

Das ausgezeichnete Verhältnis zwischen Krupp und seinen Werkhangehörigen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
Essen (Ruhr), 16. August. Die Angehörigen der Kruppischen Werke richteten an ihren Chef im Gefängnis zu seinem Geburtstag ein Glückwunschtelegramm, in dem sie zum Ausdruck bringen, daß alle Bedenken heute im Gedanken bei ihrem Chef sind und ihm auch neue Treue geloben. Daraus ging aus dem Gefängnis eine Antwort Krupps von Wohlens ein, in der es heißt: Den Verlanghörigen danke ich aufrichtig für die übermittelten Wünsche. Das Band, das uns alle umschließt, wollen wir allen Unbilden der Zeit zum Trost fester halten. An diesem Ziel auch in meiner letzten Prüfungzeit weiter zu arbeiten, ist mir trotz reicher Beruhigung in manchen schweren Stunden.

Dollar (Amtlich): 2 700 000
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 4 265 000